

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (G. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/23 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Ernst Friedemann; in Denig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Mfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-Mart, u. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mart, 3 gesp. Retamezeile 0,45 R.-Mart, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Mart, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-Mart, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Zugleich weit verbreitet in den Ortshäusern der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 40

Mittwoch, den 17. Februar 1926

48. Jahrgang.

Deutschland aus der Reihe der Großmächte ausgeschieden.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, hatte gestern Nachmittag eine Besprechung mit Dr. Stresemann. Der Botschaftspräsident wurde für verbindlich erklärt. Graf W. hielt in Westfalen eine bedeutungsvolle Programmrede. Die Zahl der in Oberschlesien verhafteten Deutschen hat sich auf 40 erhöht. Der nationalistische Heißsporn Tardieu wurde in Belgien als Kandidat der Rechtsparteien in die französische Kammer gewählt. Schweden erklärt sich gegen die Vermehrung der Sitze im Völkerbundsrat. Die Sowjetregierung weigert sich, Delegierte zur Abrüstungskonferenz nach der Schweiz zu senden. Über die russischen Eisenbahnen wurde der Belagerungs-Anhang verhängt. In Ohio ereignete sich ein schweres Bergwerksunglück.

Waldenburg, 16. Februar 1926.

Der Streit um die Ratsitze in Genf bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Krise des Völkerbundgedankens selbst. Der Völkerbund ist in seinem derzeitigen Umfang nur ein Schemen dessen, was er nach den Absichten seines Gründers eigentlich werden sollte. Wie vor hundert Jahren die „Heilige Allianz“ eine Vereinigung der Völker Europas zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung war, so sollte der Völkerbund eine Vereinigung der gesamten Länder der Welt sein. Es wäre dabei noch zu berücksichtigen gewesen, wenn Staaten wie Monaco oder Nigeria in diesem Völker-Verein gefehlt hätten, daß aber Großmächte wie Deutschland, Rußland und Amerika dem Bund fernblieben, mußte dessen Grundlagen völlig verfallen.

Dabei muß man sich darüber klar sein, daß das Schwergewicht in diesem Völkerverein — wie bei so vielen anderen Vereinen — nicht in der Vollversammlung liegt, sondern im Völkerbundsrat, dem „Vereinsvorstand“. Der Bedeutung dieses Rates entsprechend, sollten in ihm nur die Großmächte einen ständigen Sitz erhalten, d. h. also Frankreich, England, Italien, Japan, sowie die drei Großmächte, die dem Völkerbund zur Zeit noch nicht angehören: Deutschland, Rußland und Amerika. In dem Augenblick aber, in dem man durch den Beitritt Deutschlands dem ursprünglichen Plan einen Schritt näherkommen kann, soll dieses Programm über den Haufen geworfen werden, indem man gleichzeitig mit Deutschland auch noch drei kleineren Mächten einen ständigen Ratsitz zuteilen und den Rat dadurch inflationistisch verwaschen will.

Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß sich Deutschland schon bei der jetzigen Zusammensetzung des Rates von vornherein in einer hoffnungslosen Minorität befindet. Denn vorläufig stehen die nichtständigen Mitglieder des Rates völlig im Banne Frankreichs und Englands. Seinen Einfluß kann Deutschland also nur in den Fällen geltend machen, in denen Einsinnigkeit verlangt wird.

Die beabsichtigte Vermehrung der Ratsitze würde aber nicht nur eine Verschiebung der Grundlagen des Völkerbundes bedeuten, sondern zugleich auch einen Bruch der Versprechungen, die man uns bei Abschluß des Locarno-Paktes gemacht hat. Vor Tisch las man's anders, — in Locarno war nur von einem ständigen Ratsitz für Deutschland die Rede. Nur auf dieser Grundlage wurde der Pakt abgeschlossen. Wie wenig Frankreich aber gewillt ist, die Vereinbarungen von Locarno dem Sinne nach einzuhalten, hat es schon in der Frage der Rückwirkungen gezeigt. Jetzt soll Deutschland auch noch um den Ratsitz geprellt werden, indem man ihn durch „Inflation“ entwertet.

Es scheint, daß sich Chamberlain bei seiner jüngsten Besprechung in Paris von Briand bereits hat erweichen lassen. In einer ausnehmend inspirierten Mitteilung des „Observer“ wird allerdings bestritten, daß feste Versprechungen Chamberlains vorliegen. Wie das Blatt ausführt, ist der amtliche Standpunkt Englands der, daß die Zuweisung von ständigen Ratsitzen an Polen und Spanien eine völlig neue Frage darstellt. Ehe in dieser Hinsicht eine englische Meinung oder Stimmung abgegeben werden kann, müssen andere Kandidaten gehört werden und außerdem die

Ansichten Frankreichs und Deutschlands. Im gegebenen Augenblick wird die englische Politik durch Treue zur Locarnopolitik, ferner durch eine ehrliche Auslegung der versprochenen Wiederaufrichtung der Großmachtstellung Deutschlands und durch Rücksichten auf die Interessen des Völkerbundes geleitet sein. Wenn überhaupt eine derartige Zuwahl in Frage käme, so könnte sie nicht vor dem Herbst erörtert werden, wo die ordentliche Versammlung des Völkerbundes stattfindet.

Wobfern Deutschland schon jetzt seinen Ratsitz erhält, könnte es mit der Vertagung der übrigen Anträge bis zum Herbst einverstanden sein, da es dann die Möglichkeit hätte, schon im Rat sein Veto gegen die Vermehrung der Ratsitze einzulegen. Daß sich in der Vollversammlung eine Mehrheit gegen die Vermehrung der Sitze finden wird, ist jedenfalls ganz ausgeschlossen, zumal, da sich auch der Vatikan für die Aufnahme Polens, Spaniens und Brasiliens in den Rat eingeklagt hat.

Die polnische Deutschenbege.

Eine angebliche deutsche Spionagezentrale in Kattowitz. Wie jetzt bekannt wird, sind bisher in Polnisch-Oberschlesien 40 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen erstrecken sich über das ganze Ost-Oberschlesien und werden in allen Orten vorgenommen, in denen sich Ortsgruppen des Deutschen Volksbundes befinden. Freilassungen sind bisher nicht erfolgt.

Während die Polizeibehörden in Ost-Oberschlesien jede Auskunft über den Zweck der Verhaftungen und Hausdurchsuchungen verweigern, bringen die Warschauer Blätter in großer Aufmachung „Enthüllungen“ über die Aufdeckung einer deutschen Spionagezentrale in Kattowitz. Die Verhafteten werden als deutsche Agenten bezeichnet. Die Kommentare zu dieser Nachricht sind in einem sehr gefäßigen Ton gegen Deutschland gehalten. Hauptächlich die nationalistische Presse fordert von der Regierung die schärfsten Maßnahmen gegen die Verhafteten und Abrechnung mit Deutschland. Die Presse versucht auch, die deutsche Botschaft in Warschau sowie einige deutsche Konsulate und die deutsche Sejmfraktion in diese Angelegenheit hineinzuziehen.

Sir Eric Drummond in Berlin.

Wichtige Verhandlungen über Völkerbundsfragen. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist Montag früh kurz nach 8 Uhr in Berlin eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich lediglich einige Sekretärinnen. Ein offizieller Empfang auf dem Bahnhof fand nicht statt. Während seines Aufenthaltes in Berlin ist ihm Konjul Poensgen von der Völkerbundsabteilung des Auswärtigen Amtes beigegeben worden.

Montag vormittag haben im Auswärtigen Amt wichtige Besprechungen stattgefunden, in denen das Programm für den Aufenthalt des Generalsekretärs des Völkerbundes festgelegt worden ist. An der Konferenz nahmen die leitenden Herren des Auswärtigen Amtes, insbesondere der Völkerbundsabteilung, teil. Montag mittag stattete Sir Eric Drummond dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Besuch ab. Dabei wurden die endgültigen Dispositionen für die Verhandlungen vereinbart. Drummond, der in der englischen Botschaft abgestiegen ist, wird sich nur einige Tage in Berlin aufhalten, da ihn dringende Angelegenheiten wieder nach Genf zurückrufen.

Rußland und die Abrüstungsfrage.

Tschitscherins Antwort an den Völkerbund. Die Antwort Tschitscherins auf die vom Völkerbunde ergangene Einladung zur Abrüstungskonferenz ist jetzt im Wortlaut bekanntgegeben worden. Es heißt darin u. a.: Der Entschluß der Sowjetregierung, sich aus humanitären Gründen in einer solchen vom Völkerbunde einberufenen Versammlung vertreten zu lassen, bedeutet nicht, daß sie ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Völkerbunde irrendwie ändert hat.

Die Sowjetregierung kann nur bedauern, daß die Versammlung, die sich eine solche Aufgabe von Weltbedeutung zum Ziele setzt, wie es die allgemeine Abrüstung ist, von einer Einrichtung wie dem Völkerbunde einberufen wird, der von mehreren Staaten nicht anerkannt ist.

Es ist verwunderlich, daß der Völkerbundsrat, indem er eine Teilnahme der Sowjetunion an der Konferenz für wünschenswert erklärt, Genf als Tagungsort der vorbereitenden Kommission bestimmt und dadurch jede Möglichkeit einer Beteiligung der Sowjetunion faktisch ausschließt.

Dem Völkerbundsrat können die wiederholten Erklärungen der Sowjetregierung nicht unbekannt sein, in denen diese auf die Unmöglichkeit hingewiesen hat, Delegierte nach der Schweiz zu entsenden, solange der durch die Ermordung Bordwists entstandene Konflikt noch nicht beigelegt ist. Der Völkerbund kann von den eingeladenen Mächten nicht verlangen, daß sie ihre Politik gegenüber anderen Staaten von den technischen Gesichtspunkten des Völkerbundes abhängig machen. Die Teilnahme eines so großen Staates, wie es die Sowjetunion ist, sollte doch mehr Gewicht haben, als technische Bequemlichkeiten des Völkerbundes. Die Sowjetregierung erklärt den Völkerbundsrat für ihren Ausschluss von der Teilnahme an dieser Kommission verantwortlich.

Die Entwicklung des Luftverkehrs.

Mitteilungen des preussischen Handelsministers. Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags gab Handelsminister Dr. Schreiber heute bei der Vorbereitung des Haushalts für Handel und Gewerbe einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Luftverkehrs. Danach sind in den Etat für das Luftverkehrsweesen 2,5 Millionen M. mehr eingestellt als im Vorjahr. Der Minister erklärte, der Flugverkehr habe sich befriedigend entwickelt.

In den sechs wichtigsten Flugmonaten des verfloffenen Jahres seien mehr als vier Millionen Flugkilometer zurückgelegt und 48 000 Personen befördert worden.

Auf dem Flughafen Tempelhofer Feld seien im Jahre 1924 476 Flugzeuge gestartet, im Jahre 1925 dagegen 4725, im Jahre 1924 landeten 476 Flugzeuge, im Jahre 1925 4739 Flugzeuge. Im Jahre 1924 wurden befördert 1700 Personen, im Jahre 1925 20 400 Personen.

Die Postbeförderung ist um das Dreifache, die Gebührenerhebung um das Vierzigfache, die Zeitungsbeförderung um das Vierzehnfache und die Frachtbeförderung um das Hundertfache gestiegen.

Der Minister verbreitete sich dann über den Etat des Handelsministeriums, der gegenüber 1924 einen Mehrbedarf von 7,2 Millionen M. aufweist. Diese Steigerung sei zu einem großen Teil auf den Mehrbedarf der Beamtenbesoldung und auf das Fach- und Berufsschulweesen zurückzuführen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hielt im Volksverein für das katholische Deutschland im Plenarsaal des Reichstags gestern eine Rede über die sozialen Probleme der Großstädte. Er kam dabei auch auf das Wohnungsproblem zu sprechen, dessen Folge die leidige Wohnungszwangswirtschaft sei, die je eher desto besser verschwinden müsse. Daß wir im Wohnungsbau nicht vorwärts kämen, läge daran, daß die Mieten nicht Schritt gehalten hätten mit der Geldentwertung, ferner daran, daß das Geld für langfristige Kredite nur zu hohen Zinssätzen zu haben sei. Der Wohnungsbau sei auch produktive Kapitalanlage.

Der Reichsarbeitsminister hat den am 3. Februar gefällten Bankstillschluß, der den Reichsmantelarif bis zum 28. Februar 1927 verlängert, für verbindlich erklärt.

Vertreter des Ausschusses für entschädigungslose Fürstententeignung sprachen beim Reichsminister des Innern Dr. Rühl vor und fragten, zu welchem Termine die Listen für das Volksbegehren aufgelegt werden sollen. Der